

Von Nachhaltigkeit keine Spur

Autor(en): **Bär, Rosmarie**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2002)**

Heft 3: **Klima-Pakt mit der Wirtschaft : warme Luft!**

PDF erstellt am: **09.08.2024**

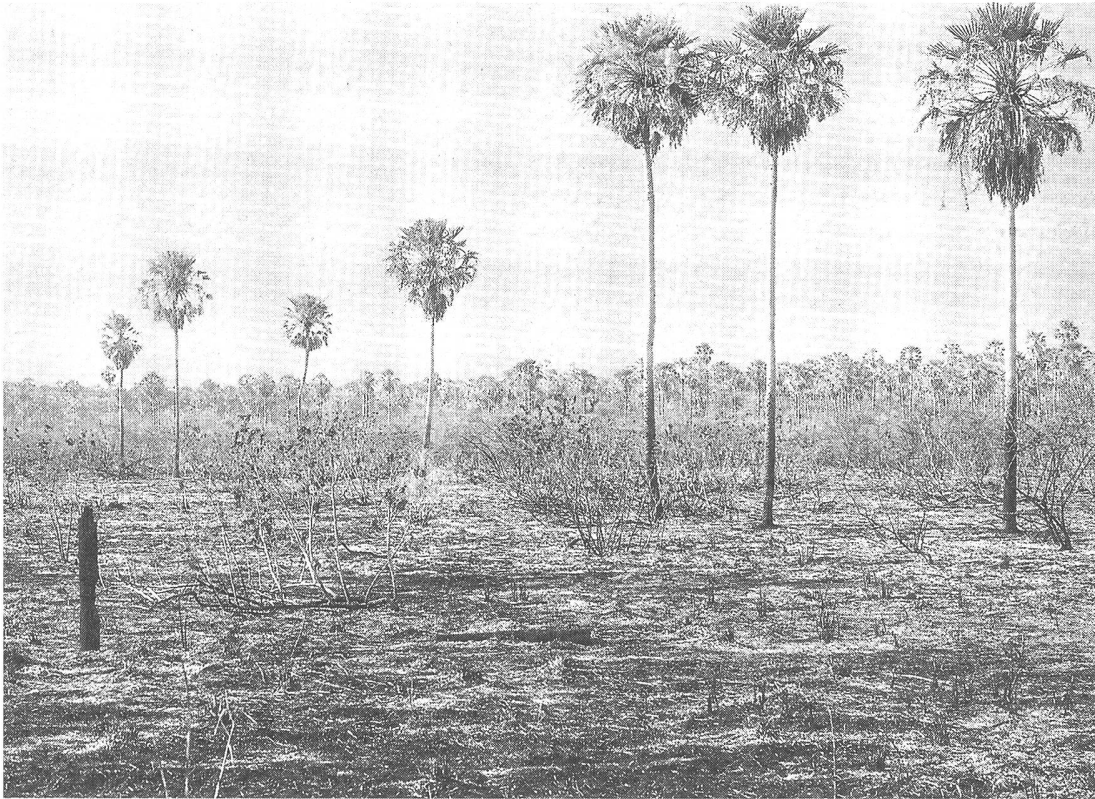
Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586931>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die Abholzung der Wälder geht unvermindert weiter.

Bild: WWF

Globalisierung verstärkt das Nord-Süd-Gefälle

Von Nachhaltigkeit keine Spur

Vor zehn Jahren am Erdgipfel von Rio übernahmen die Industriemächte die Hauptverantwortung für den globalen Kurswechsel. Heute ist die Bilanz ernüchternd. Die rücksichtslose Globalisierungspolitik der 90er Jahre widersprach allen Geboten der Nachhaltigkeit. Die Folgen des massiven Produktions- und Konsumverhaltens vor allem der Industrieländer treffen die Armen des Südens am meisten.



Von Rosmarie Bär, Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke

«Was alle angeht, können nur alle lösen.»

Friedrich Dürrenmatt

1992 titelte eine Schweizer Zeitung: «In Rio hat die Zukunft begonnen». Die Staatsoberhäupter der Welt hatten sich am «Erdgipfel» in Rio de Janeiro verpflichtet, sich für eine nachhaltige Entwicklung zu verpflichten. Sie machten klar, dass ein wirtschaft-

liches, soziales und ökologisches «Weiter-wie-bisher» keine Zukunft hat. Die «Agenda 21», das Herzstück der Rio-Verpflichtungen, hält fest: «Der einzige Weg, der uns eine sichere und blühende Zukunft beschermen kann, besteht darin, Umwelt- und Entwicklungsfragen gleichermassen und miteinander anzugehen. Wir müssen menschliche Grundbedürfnisse befriedigen, den Lebensstandard aller Menschen verbessern und die Ökosysteme wirkungsvoll schützen und verwalten. Keine Nation kann sich ihre Zukunft allein sichern; gemeinsam ist es aber möglich – in einer weltweiten Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung.»

Rio anerkannte das Nord-Süd-Gefälle und die unterschiedlichen Bedürfnisse bezüglich Umwelt und Entwicklung:

«Hauptverantwortlich dafür, dass die Umwelt auf der ganzen Erde immer ärger in Mitleidenschaft gezogen wird, ist das unverträgliche Konsum- und Produktionsverhalten, vor allem der Industrieländer.» Daraus leitete sich der Grundsatz der «gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung» ab. Die Industriestaaten übernahmen die Hauptverantwortung für den globalen Kurswechsel.

Seither gehören Entwicklung als Weg aus der Armut und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zusammen und lassen sich nicht mehr gegeneinander ausspielen. Wer eines der Ziele vernachlässigt, verfehlt beide.

Globalisierung statt Nachhaltigkeit

Zehn Jahre später ist die Bilanz ernüchternd. Die zentralen Entwicklungen der neunziger Jahre verstießen gegen jede Nachhaltigkeit. Es fehlte der politische Wille, den Versprechen von Rio Taten folgen zu lassen. Statt der Wirtschaft Leitplanken zu setzen und sie umwelt- und sozialverträglicher – und damit

nachhaltiger – zu gestalten, forcierten die Industrieländer im Verein mit multilateralen Institutionen und internationalen Unternehmerverbänden eine Globalisierungspolitik, die allen Geboten von Nachhaltigkeit Hohn spottet.

Bezeichnend dafür ist die Tatsache, dass zur Förderung des Freihandels 1995 eine globale Institution (die WTO) aus der Taufe gehoben und mit harten Rechtsverpflichtungen und Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet wurde, während internationale Umwelt- und Sozialregeln selten über den Status des «soft law» oder der politisch-moralischen Verpflichtung hinauskommen. Wo es um den Vollzug von zwingendem Völkerrecht geht – wie bei den drei Konventionen von Rio – wird hart und jahrelang um die Konkretisierung gerungen und die Umsetzung wo immer möglich verzögert oder unterlaufen. Die Ländergruppe der Verhinderer wird dirigiert von den USA (im Chor mit Kanada, Australien, Neuseeland), die sich allen multilateralen Verpflichtungen entziehen, so nach dem Motto «Was schert uns die Klimawärmung, wir haben unsere Klimaanlagen». Das Trauerspiel um das Kyoto-Protokoll ist aktuelles Beispiel dafür.

Ressourcenverschleiss wie eh und je

Auch im Kernbereich der Rio-Versprechen, im Umgang mit den natürlichen Ressourcen, wurden keine Fortschritte erzielt. Im Gegenteil: Alle Umwelt- und Ressourcendaten stehen «auf Sturm»: Die Klimaveränderung beschleunigt sich und trifft zuerst die Menschen in den Entwicklungsländern.



Klaus Töpfer, Direktor des UN-Umweltprogrammes, bezeichnet sie als «ökologische Aggression» der Industriestaaten gegen die Armen. Die Artenvielfalt schwindet rapid, die Abholzung der Wälder geht unvermindert weiter. Die Wasserkrise spitzt sich zu. Wüstenbildung und Bodenerosion verschärfen das Hungerproblem. Die Weltmeere werden irreversibel übernutzt. Immer mehr Menschen werden Ökoflüchtlinge. An dieser Bilanz der UNO gibt es nichts zu deuteln.

Die Industrienationen haben ihre Verantwortung nicht wahrgenommen, ihre

Die Klimaveränderung ist eine ökologische Aggression der Industriestaaten gegen die Armen.

Bild: DEZA

Versprechen gebrochen und die Hausaufgaben nicht gemacht. Den entscheidenden Schritt, den nicht-weltverträglichen Konsum- und Produktionsstil des Nordens zu verändern, taten sie nicht. Dem Verschleisswohlstand wird weiter gehuldigt, der «ökologische Fussabdruck» wird noch grösser. So stieg der weltweite CO₂-Ausstoss seit Rio um 9 Prozent!

Die Welt am Scheideweg

Der Welt geht es schlechter denn je. Sie steht an einem Scheideweg. Alle, die nach Johannesburg an den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung reisten, mussten sich dessen bewusst sein. Unter dem Titel «Nachhaltigkeit in Zeiten der Globalisierung» hatten sich die Regierungs- und Staatsschefs der Grundsatzzfrage zu stellen: Wird der Globus nach den Gesetzen des freien Marktes weiter zur Welt-Aktiengesellschaft umfunktioniert oder behält die Politik – den Grundsätzen des Gemeinwohls, der Fairness und Gerechtigkeit verpflichtet – die ordnende Oberhand? «Die historische Bedeutung der Konferenz wird von der Effektivität abhängen, mit der wir unsere Verpflichtungen in die Tat umsetzen. Nichts kann Taten ersetzen.» Mit diesen Worten wurde vor 10 Jahren der Erdgipfel abgeschlossen. Nach Johannesburg gilt diese Tatsache erst recht. Die Zeit drängt. □

Armut und Ungerechtigkeit nehmen zu

Die Folgen dieser Politik sind alles andere als nachhaltig. Das zeigen zum einen die sozialen Daten, wie sie von der UNO veröffentlicht wurden:

- Täglich sterben 40 000 Menschen an den Folgen von Hunger und Unterernährung, 30 000 davon sind Kinder.
- Das Vermögen der drei reichsten Personen der Welt ist grösser als das Bruttoinlandprodukt der 48 ärmsten Staaten.
- Die 15 Reichsten der Erde besitzen mehr Güter, als alle afrikanischen Staaten südlich der Sahara

zusammen in einem Jahr produzieren können.

- Weit über zwei Milliarden Menschen müssen mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag auskommen. Vor allem die Frauen sind von der Armut betroffen.
- 1,4 Milliarden Menschen haben bis heute keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.
- In Europa und USA wird jährlich mehr Geld für Hunde- und Katzenfutter ausgegeben, als nötig wäre, um allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen. □